

In den Gleichstellungsausschuss
In den Verwaltungsausschuss
In die Ratsversammlung

Änderungsantrag gemäß § 34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover zur Drucksache Nr. 0290/2019 (Antrag der Fraktion Die Hannoveraner zur Rücknahme der Empfehlung für eine "geschlechtergerechte Verwaltungssprache")

1000 Jahre generisches Femininum – Vendetta statt Gleichberechtigung!

Antrag zu beschließen:

Der Antragstext wird wie folgt geändert bzw. erweitert:

Die von der Verwaltung als sog. Empfehlungen beschlossene verbindliche Veränderung der Sprache wird zurückgenommen.

Stattdessen werden sämtliche generischen Maskulina nun durch ihr feminines Pendant – das generische Femininum – ersetzt.

Begründung:

Die Entscheidung der Verwaltung, eine Vorreiterrolle in gendergerechter Sprache einzunehmen, sorgt bundesweit für Häme, Spott und vor allem für massive Kritik. Denn plötzlich fühlt sich jeder dazu berufen, Sprache zu kommentieren – vollkommen egal, wie qualifiziert dabei der Inhalt der Anmerkungen ist.

Um endlich wieder Klarheit zu schaffen – und damit endlich wieder jeder ganz genau weiß, was er sagen soll – wird von nun das generische Femininum Einzug in den Sprachgebrauch halten. Die allgemeine Sorge um Lesbarkeit und Schönheit der deutschen Sprache wird galant umgangen und nach einer kurzen Phase der Umgewöhnung sollte allen das generische Femininum so schnell von der Hand gehen, wie uns allen das generische Maskulinum seit Jahrhunderten.

Die ~~neue Sprachregelung~~ geforderte Einführung des generischen Femininums deckt sich ~~weder~~ mit der als allgemein verbindlich angesehenen Duden-Rechtschreibung, ~~noch~~ sowie mit der Grammatik und Semantik der in den Schulen gelehrt deutschen Sprache.

Sie ist doktrinär und gängelt die 11.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung.

Der konsequente Gebrauch des generischen Femininums gängelt zukünftig höchstens die bisher ungegängelten 44% eindeutig männlichen Mitarbeiter der Verwaltung¹, womit die Verfasser dieses Antrags durchaus leben können.

Zudem mutet sie den Bürgern der Stadt eine Sprache zu, die diese mehrheitlich nicht wollen und teilweise nicht verstehen. Verwaltungssprache zeichnet sich generell weniger durch Bürgernähe aus. Die LHH setzte daher schon immer große Mühen in Verständlichkeit, unter anderem durch die Ausweitung der "Leichten Sprache". Eher scheint es so, dass reaktionäre Kräfte im Rat am Status Quo festhalten wollen, schließlich wurde die meisten der sich Empörenden bisher sprachlich immer integriert.

Sie ist kein Bruch mit allen bisher geltenden Sprachregeln. Denn: „Das sogenannte generische Maskulinum ist eine Konvention des Sprachgebrauchs (noch dazu eine historisch sehr junge und keineswegs durchgängig stabile). Es stellt keine strukturelle Unterscheidung des Sprachsystems, keine grammatische Kategorie oder dergleichen, dar. Das sogenannte generische Maskulinum nicht zu verwenden, verletzt keine Regel des Sprachsystems.“²

¹ Daten aus der OPA-Klausur 11./12.08.2017

² Diewald, Gabriele. 2018. Zur Diskussion: Geschlechtergerechte Sprache als Thema der germanistischen Linguistik – exemplarisch exerziert am Streit um das sogenannte generische Maskulinum. In: Zeitschrift für germanistische Linguistik. Band 46, Heft 2